

Sehr geehrte Damen und Herren,

heut vor genau 77 Jahren ermordete das NS-Regime einen Mann, der in den Reihen europäischer Friedensaktivisten nie vergessen sein wird. Dr. Max Josef Metzger war bis zu seinem Tod am 17. April 1943 ein überzeugter Pazifist, ein Kämpfer gegen den Krieg und für soziale Gerechtigkeit.

1918, nach dem Waffenstillstand nach dem ersten Weltkrieg, forderte Metzger die „Vereinigten Staaten von Europa“. 1920, nach der Gründung des Völkerbundes, verlangte er, dass es nur noch ein Heer weltweit geben solle, vergleichbar mit den heutigen Blauhelmen der UNO. Geld solle statt in Rüstung in Bildung investiert werden. 1929, auf dem Kongress der „Internationalen Kriegsdienstgegner“ forderte Metzger dazu auf, den Kriegsdienst zu verweigern und bei der Herstellung von Kriegsgeräten passiven Widerstand zu leisten. Sein Weckruf „Menschen aller Staaten, vereinigt Euch gegen den Krieg!“ lässt einem heute noch eine Gänsehaut entstehen, zumal, wenn man weiß, dass Metzger seine Überzeugung mit seinem Leben bezahlen musste.

Bereits früh erkannte Metzger, welche große Gefahr von den Nazis ausging. Im Jahr 1933 schrieb Metzger in einer Denkschrift, es sei konsequent, wenn die Kirche einen offenen Kampf gegen den neuen Staat beginne.

Metzger war der Überzeugung, dass die Grundlage des Friedens die Soziale Gerechtigkeit, die Nächstenliebe (wir Sozialdemokraten sagen dazu Solidarität) und das gegenseitige Vertrauen sei. Er hatte keine Angst vor der Zusammenarbeit mit Sozialisten und Kommunisten, um eine friedlichere Welt zu

schaffen.

Das Leben, das Engagement für den Frieden und der tragische Tod Max Josef Metzgers im Alter von 57 Jahren stehen stellvertretend für viele Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime aus den Reihen der Christen, Kommunisten und Sozialdemokraten. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir uns seit vielen Jahren immer wieder hier zu seinem Gedenken versammeln.

Totalitäres Denken gehört keineswegs nur in die Geschichte unseres Landes. Auch heute versuchen Autokraten und Rechtspopulisten, die Demokratie zurückzudrängen.

Am 2. Juni 2019 wurde der Politiker Walter Lübcke niedergeschossen und starb kurz darauf. Dringend tatverdächtig ist der hessische Rechtsextremist Stephan Ernst.

Am 9. Oktober 2019 versuchte der Rechtsextremist Stephan Balliet, in die Synagoge in Halle einzudringen, um dort versammelte Personen zu töten. Nachdem ihm dies nicht gelungen war, erschoss er vor dem Gebäude eine Frau und kurz darauf den Gast eines Imbisses.

Im Schnitt kommt es in Deutschland jeden Tag zu zwei rechtsextremen Gewalttaten. Rassismus und Rechtsextremismus führen zu Hass und Gewalt, und die Morde in Hanau, Halle und Kassel zeigen, wie schnell aus Worten Taten werden.

Es gibt eine rechtsextreme Subkultur, die sich im Internet formiert und radikalisiert. Noch nie gab es ein derart großes Angebot für verschiedene rechtsradikale Milieus: Auf

unzähligen Online-Plattformen und in Foren wird etwa gegen MuslimInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen, JüdInnen und Frauen gehetzt.

Aktuell vermischt sich diese Subkultur mit den Verschwörungstheoretikern der Corona-Zeit und mit den Bedenkenträgern, die die Maßnahmen des Staates für einen massiven Eingriff in die Freiheitsrechte des Einzelnen hält.

Wir haben im Juni letzten Jahres im Bundestag das **Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität** beschlossen, dadurch können Hetze und Bedrohung im Netz künftig härter verfolgt werden.

Onlineplattformen, auf denen Hasskommentare veröffentlicht werden, müssen künftig Volksverhetzungen, Neonazi-Propaganda und Mord- und Vergewaltigungsdrohungen melden. Menschen, die sich politisch oder gesellschaftlich engagieren, sollen besser gegen Anfeindungen geschützt werden.

Auch wenn die AfD seit einiger Zeit glücklicherweise an politischer Bedeutung verliert, dürfen wir nicht vergessen, welche Erfolge sie zwischenzeitlich mit ihrer hetzerischen Politik erzielt hat - und jederzeit wieder erzielen kann.

Jeder und Jede ist in der Verantwortung, sich für Verständigung und Frieden einzusetzen, nichts ist selbstverständlich oder geht automatisch.

Die beste Strategie, sich rechter Hetze entgegenzustellen, ist es, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken und für einen funktionierenden Sozialstaat zu sorgen, gerade und erst recht zu Corona-Zeiten. Rechtsradikale und Rechtspopulisten stellen noch immer

eine Minderheit dar, von der sich die große Mehrheit nicht einschüchtern lassen darf.

Aus deutscher Sicht gehört es zur Verantwortung für das eigene Land, dass wir uns mit unserer ganzen Geschichte auseinandersetzen, so wie wir das heute hier tun. Dabei geht es nicht darum, sich persönlich für die Taten vorangegangener Generationen schuldig zu fühlen. Dennoch ist *jede* Generation aufs Neue gefordert, auf ihre eigene Weise dazu beizutragen, dass wir niemals einen Schlussstrich unter unsere Geschichte ziehen. Wir alle sind und bleiben in der Verantwortung Kriegstreiberei und radikalen Nationalismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamhass und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Das betrifft die große Politik genauso wie unseren Alltag.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!